



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer,
Andreas Winhart AfD**
vom 06.11.2023

Der Überfall auch auf deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens in Israel und das Schweigen des staatlichen Kulturbetriebs in Bayern

Die Hamas überfiel am ersten Oktoberwochenende die dem Gazastreifen nahe liegenden benachbarten Kibbuzim und tötete jeden, den sie finden konnte, oder nahm ihn als Geisel mit.

Hamas-Vertreter argumentieren, dass alle Personen mit israelischer Staatsbürgerschaft im Alter über 18 Jahre wehrpflichtig seien und damit als Kombattanten anzusehen seien, für die das Kriegsrecht gelte (vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=0hZweZjCP10>, Min. 25–26). Gemeint ist hiermit offenkundig das im Koran niedergelegte Kriegsrecht, das z. B. aus den Suren des Koran abgeleitet wird, wie z. B. die Grundlagen für das Töten durch Aufschlitzen der Kehle/Verschleppen von Geiseln und das Verbreiten von Angst und Schrecken, also die Legitimation von Terror als Kriegstaktik (vgl. Sure 47:4 „Wenn ihr auf diejenigen, die ungläubig sind, [im Kampf] trifft, dann schlagt den Hals. Wenn ihr sie schließlich schwer niedergeschlagen habt, dann legt [ihnen] die Fesseln fest an. Danach [laßt sie] als Wohltat frei oder gegen Lösegeld, bis der Krieg seine Lasten ablegt ...; [4]“, <https://islamische-datenbank.de/quran-koran?action=viewsurah&surano=47>, Sure 8:12: „In die Herzen der Ungläubigen werfe Ich Schrecken. So haut ein auf ihre Hälse und haut ihnen jeden Finger ab.“, <https://islamische-datenbank.de/quran-koran?action=viewsurah&surano=8&start=10>).

Tatsache ist, dass sich am ersten Oktoberwochenende auch deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens auf dem Hippiie-„Supernova Electronic Festival“ in der Negev-Wüste befanden, als dieses Festival von den bewaffneten Hamas-Kämpfern überfallen wurde. Es fällt auf, dass in Kreisen, die sich bei gesellschaftlichen Missständen sonst schnell und intensiv zu Wort melden, wie z. B. zu BLM; Covid; den Überfall Russlands auf die Ukraine – darunter insbesondere auch der oftmals aus der öffentlichen Hand geförderte Kulturbetrieb – nun beim Überfall der Hamas auf Israel breites Schweigen herrscht. Man konnte nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine lesen: Die Bayerische Staatsbibliothek „... verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine scharf. Unsere vollste Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine! Wir sind in Gedanken bei unseren Kolleg*innen in den ukrainischen Kulturinstitutionen.“ (<https://www.instagram.com/p/CaZ3RzDoXCI/?next=%2Fjennifercorbettcox%2Ffeed%2F&hl=de>) Auch das staatliche Zentralinstitut für Kunstgeschichte meldete sich öffentlichkeitswirksam zu Wort „Das Zentralinstitut für Kunstgeschichte unterstützt Wissenschaftler*innen in der Ukraine: Im Rahmen des Programms ‚scholars at risk‘ nimmt das ZI Wissenschaftler*innen auf.“ (vgl. https://www.facebook.com/ZentralinstitutfuerKunstgeschichte/posts/5009058482466312/?paipv=0&eav=AfaaqM-WLXpYFNenV7wUFh7xAyuBUMrjn6-vqHn__7gP24UHfQ7-7jLVVfmCULvTFMw&_rdr). Nach dem Überfall auf Israel herrscht in denselben Kreisen jedoch weitgehend Schweigen: „Politische Solidarität verbreitet sich auf Social

Media oft ganz schnell. Umso auffälliger ist gerade das Schweigen der Kulturszene zum Nahost-Konflikt.“ (vgl. <https://www.ndr.de/kultur/Antisemitismus-Das-Schweigen-der-Clubszene-zum-Nahost-Konflikt,antisemitismus356.html>). Und das obwohl viele der Kulturstätten durch Unterstützung der bayerischen Steuerzahler betrieben werden.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Vom Überfall der Hamas betroffene deutsche Staatsbürger mit Wohnsitz in Bayern 6
- 1.1 Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern wurden nach Kenntnis der Staatsregierung bei dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober getötet (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden, und hierbei bitte ebenfalls offenlegen, ob eines der Opfer in Bayern einmal einen Wohnsitz angemeldet hatte)? 6
- 1.2 Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern wurden bei dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober verletzt (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden)? 6
- 1.3 Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern gelten seit dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober als vermisst oder gelten als verschleppt (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden)? 6
2. Im Koran definiertes Kriegsrecht 6
- 2.1 Ist der Staatsregierung bekannt, ob Personen mit Wohnsitz in Bayern durch die in den Suren 47:4; 8:12 definierte Tötungsmethode des Aufschlitzens der Kehle ums Leben gebracht wurden (bitte Anzahl derartiger Opfer offenlegen und den Regierungsbezirk, in dem sie wohnten)? 6
- 2.2 Wie viele Anfangsverdachtsmomente liegen den Staatsanwaltschaften in Bayern vor, die auf die im Vorspruch und den Fragen 1 bis 2.1 dargestellten und abgefragten Sachverhalte zurückgehen (bitte unter Angabe aller zugrunde gelegten Paragraphen Straftatbestände offenlegen, die in jedem dieser Verfahren durch bayerische Staatsanwälte geprüft werden)? 6
- 2.3 Wie viele Verfahren zu den im Vorspruch und den Fragen 1 bis 2.1 dargestellten und abgefragten Sachverhalten haben bayerische Staatsanwälte zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage an Kollegen des Bundes abgegeben (bitte unter Angabe aller zugrunde gelegten Paragraphen Straftatbestände offenlegen, die in jedem dieser Verfahren durch bayerische Staatsanwälte geprüft werden)? 7

3.	Versammlungen am Wochenende des Überfalls in Bayern	7
3.1	Wie viele Versammlungen hat die Polizei in Bayern an jedem der Tage des 08.10. und 09.10.2023 festgestellt?	7
3.2	Wie viele dieser Versammlungen hatten Unterstützung der Angreifer aus dem Gazastreifen zum Gegenstand und wie viele dieser Versammlungen hatten die Unterstützung der angegriffenen Israelis zum Gegenstand?	7
3.3	Wie viele der in Frage 3.2 abgefragten Versammlungen hatten eine Versammlungsleitung gemäß Art. 3 Bayerisches Versammlungsgesetz (bitte hierbei die Versammlungen offenlegen, bei der der Anmelder nach Auffassung der Staatsregierung einen Bezug zu der BDS-Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ aufweist)?	7
4.	Pro-israelische Versammlungen in ausgewählten Landkreisen Oberbayerns	8
4.1	Wie viele Versammlungen, die den Überfall auf Israel zum Gegenstand hatten, also unabhängig davon, ob sie pro-israelisch oder pro-palästinensisch waren, fanden seit dem ersten Oktoberwochenende bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage in Oberbayern und insbesondere in jedem der Landkreise Rosenheim, Altötting, Mühldorf am Inn und Rosenheim-Stadt statt (bitte für jeden der genannten separat aufschlüsseln und die Gefahrenprognose und Eingriffsschwelle offenlegen, die jede der Gemeinden gegenüber der Polizei angegeben hat)?	8
4.2	Wie viele davon waren pro-israelisch und wie viele davon waren pro-palästinensisch?	8
4.3	Wie viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten wurden bei den in den Fragen 3.2 und 4.2 abgefragten Versammlungen jeweils festgestellt (bitte die Zahl der davon als „rechtsextrem“ statistisch eingeordneten Straftaten offenlegen und hierbei bitte auch offenlegen, ob der Davidsstern, der an ein Restaurant in Nürnberg aufgemalt wurde, und ob die Morddrohungen gegen eine Organisatorin der Solidaritätsdemo für Israel in München statistisch als „rechtsextreme“ Taten erfasst wurden, und die Zahl der israelische Flaggen, die in Bayern beschädigt oder zerstört wurden, offenlegen)?	8
5.	Pro-israelische Stellungnahmen aus dem mit Steuergeldern finanzierten Kulturbetrieb Bayerns	10
5.1	Wie viele pro-israelische Solidaritätsbekundungen gingen nach dem Überfall der Hamas auf Israel und bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage von Theatern, Bibliotheken und Museen aus, die sich im Staatsbesitz befinden (bitte unter Nennung der jeweiligen Institution chronologisch aufschlüsseln)?	10

-
- 5.2 Wie viele pro-israelische Solidaritätsbekundungen gingen nach dem Überfall der Hamas auf Israel und bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage von in Frage 5.1 nicht abgefragten Kulturinstitutionen in Oberbayern aus, die für ihren Betrieb eine finanzielle Unterstützung durch die Staatsregierung erhalten haben (bitte unter Nennung der jeweiligen Institution chronologisch aufschlüsseln)? 10
- 5.3 Welche Erklärung hat die Staatsregierung für das Phänomen, dass die Solidaritätskundgebungen durch – von Steuerzahlern (mit)finanzierten – Kulturinstitutionen nach dem Überfall auf die Ukraine offenkundig präsenter waren als nach dem Überfall auf Israel (bitte chronologisch die Aufforderungen offenlegen, mit denen die zuständigen Ministerien Theater, Bibliotheken und Museen, die sich im Staatsbesitz befinden, aufforderten, Solidaritätskundgebungen für Israel durchzuführen)? 10
6. Solidaritätsinitiativen staatlicher Kulturinstitutionen im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel 10
- 6.1 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Theater im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jedes dieser Theater chronologisch aufschlüsseln)? 10
- 6.2 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Museen, im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jedes dieser Museen chronologisch aufschlüsseln)? 11
- 6.3 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Bibliotheken und Archive im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jede dieser Bibliotheken und jedes Archiv chronologisch aufschlüsseln)? 11
7. Unterlassene pro-israelische Stellungnahmen ausgewählter staatlicher Kulturinstitutionen 11
- 7.1 Welche Solidaritätsinitiative hat das Staatstheater Augsburg nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „Spielen der Nationalhymne ... Der Erlös für den Abend wird an die Ukraine-Flüchtlingshilfe gespendet. Zudem ist ein ukrainisch-russischer Liederabend am 29. März in Planung“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist? 11
- 7.2 Welche Solidaritätsinitiative hat das Residenztheater München nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „... lesen im Residenztheater Ensemblemitglieder Ausschnitte aus Serhij Zhadans 2014 erschienenem Roman ‚Internat‘ ... zudem wird sie in der Mediathek gestreamt. Zudem hat das Residenztheater vor, die mit den Spendengeldern erworbenen Hilfsgüter mit seinem Fuhrpark direkt an die ukrainische Grenze zu transportieren“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist? 11

7.3	Welche Solidaritätsinitiative hat das Zentralinstitut für Kunstgeschichte nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „Das Zentralinstitut für Kunstgeschichte unterstützt Wissenschaftler*innen in der Ukraine: Im Rahmen des Programms ‚scholars at risk‘ nimmt das ZI Wissenschaftler*innen auf.“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist (bitte bei dieser Gelegenheit die Rechtsgrundlage für die Abweichung von der amtlichen Rechtschreibung bei dieser Veröffentlichung offenlegen)?	12
8.	Sonstige Initiativen der Staatsregierung nach dem Überfall auf Israel	12
8.1	Welche neuen Initiativen hat der Antisemitismusbeauftragte der Staatsregierung nach dem Überfall auf Israel gestartet (bitte unter Angabe des Datums und der Art der Initiative offenlegen)?	12
8.2	Existiert eine Anordnung und/oder eine Korrespondenz zwischen den für die staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen zuständigen Ministerien und mindestens einem dieser staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen, aus der ableitbar wäre, dass mindestens eines der staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen eine Solidaritätsaktion für das überfallene Israel durchführen wollte oder umgekehrt dass eines der zuständigen Ministerien mindestens ein staatliches Theater, Bibliothek, Museum dazu auffordert, eine Solidaritätsaktion durchzuführen (falls ja, bitte jedes dieser Vorkommen in wenigen Sätzen chronologisch darlegen, und falls nein, bitte den Grund offenlegen)?	13
8.3	Gibt es seit dem Überfall auf Israel neue, bisher unbekannte Phänomene, die jüdisches Leben in Bayern gefährden (bitte vollzählig offenlegen)?	13
	Hinweise des Landtagsamts	14

Antwort

des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst in Abstimmung mit der Staatskanzlei, dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie dem Staatsministerium der Justiz

vom 22.03.2024

1. **Vom Überfall der Hamas betroffene deutsche Staatsbürger mit Wohnsitz in Bayern**
 - 1.1 **Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern wurden nach Kenntnis der Staatsregierung bei dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober getötet (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden, und hierbei bitte ebenfalls offenlegen, ob eines der Opfer in Bayern einmal einen Wohnsitz angemeldet hatte)?**
 - 1.2 **Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern wurden bei dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober verletzt (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden)?**
 - 1.3 **Wie viele deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz in Bayern gelten seit dem Überfall des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen heraus Anfang Oktober als vermisst oder gelten als verschleppt (bitte Kenntnisstand offenlegen und ausdifferenzieren, ob diese als Angreifer oder als Angegriffene getötet wurden)?**
2. **Im Koran definiertes Kriegsrecht**
 - 2.1 **Ist der Staatsregierung bekannt, ob Personen mit Wohnsitz in Bayern durch die in den Suren 47:4; 8:12 definierte Tötungsmethode des Aufschlitzens der Kehle ums Leben gebracht wurden (bitte Anzahl derartiger Opfer offenlegen und den Regierungsbezirk, in dem sie wohnten)?**
 - 2.2 **Wie viele Anfangsverdachtsmomente liegen den Staatsanwaltschaften in Bayern vor, die auf die im Vorspruch und den Fragen 1 bis 2.1 dargestellten und abgefragten Sachverhalte zurückgehen (bitte unter Angabe aller zugrunde gelegten Paragraphen Straftatbestände offenlegen, die in jedem dieser Verfahren durch bayerische Staatsanwälte geprüft werden)?**

2.3 Wie viele Verfahren zu den im Vorspruch und den Fragen 1 bis 2.1 dargestellten und abgefragten Sachverhalten haben bayerische Staatsanwälte zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage an Kollegen des Bundes abgegeben (bitte unter Angabe aller zugrunde gelegten Paragraphen Straftatbestände offenlegen, die in jedem dieser Verfahren durch bayerische Staatsanwälte geprüft werden)?

Die Fragen 1.1 bis 2.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die Verfolgung von Straftaten der Bildung terroristischer Vereinigungen im Ausland nach § 129a/b Strafgesetzbuch (StGB) sowie von Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch obliegt nach §§ 142a Abs. 1 Satz 1, 120 Abs. 1 Nr. 6 und 8 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) dem Generalbundesanwalt (GBA). Der GBA ist eine Bundesbehörde und unterliegt damit allein dem parlamentarischen Kontrollrecht des Deutschen Bundestages. Auskünfte im Sinne der Fragestellungen sind der Staatsregierung daher verwehrt.

3. Versammlungen am Wochenende des Überfalls in Bayern

3.1 Wie viele Versammlungen hat die Polizei in Bayern an jedem der Tage des 08.10. und 09.10.2023 festgestellt?

3.2 Wie viele dieser Versammlungen hatten Unterstützung der Angreifer aus dem Gazastreifen zum Gegenstand und wie viele dieser Versammlungen hatten die Unterstützung der angegriffenen Israelis zum Gegenstand?

3.3 Wie viele der in Frage 3.2 abgefragten Versammlungen hatten eine Versammlungsleitung gemäß Art. 3 Bayerisches Versammlungsgesetz (bitte hierbei die Versammlungen offenlegen, bei der der Anmelder nach Auffassung der Staatsregierung einen Bezug zu der BDS-Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ aufweist)?

Die Fragen 3.1 bis 3.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im relevanten Zeitraum sind die folgenden Versammlungen bekannt geworden.

Datum	Gesamtzahl	Pro-Israel	Pro-Palästina
08.10.2023	2	2	0
09.10.2023	5	4	1

Nach den dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) vorliegenden Informationen hatte keine davon die ausdrückliche Unterstützung „der Angreifer aus dem Gazastreifen“ zum Gegenstand. Alle Versammlungen hatten eine ordnungsgemäße Versammlungsleitung.

4. Pro-israelische Versammlungen in ausgewählten Landkreisen Oberbayerns

4.1 Wie viele Versammlungen, die den Überfall auf Israel zum Gegenstand hatten, also unabhängig davon, ob sie pro-israelisch oder pro-palästinensisch waren, fanden seit dem ersten Oktoberwochenende bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage in Oberbayern und insbesondere in jedem der Landkreise Rosenheim, Altötting, Mühldorf am Inn und Rosenheim-Stadt statt (bitte für jeden der genannten separat aufschlüsseln und die Gefahrenprognose und Eingriffsschwelle offenlegen, die jede der Gemeinden gegenüber der Polizei angegeben hat)?

4.2 Wie viele davon waren pro-israelisch und wie viele davon waren pro-palästinensisch?

Die Fragen 4.1 und 4.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für den Zeitraum vom 08.10.2023 bis zum 08.12.2023 sind dem StMI für die angefragten Regionen die folgenden Versammlungen bekannt geworden.

Region	Gesamtzahl entsprechend der Fragestellung	Pro-Israel	Pro-Palästina
Regierungsbezirk Oberbayern	31	16	15
Landkreis Rosenheim	0	0	0
Landkreis Altötting	0	0	0
Landkreis Mühldorf am Inn	1	0	1
Rosenheim-Stadt	1	1	0

Für weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung müssten alle relevanten Versammlungsbehörden angeschrieben und eine manuelle Auswertung durchgeführt werden. Dies würde auch unter Berücksichtigung des parlamentarischen Fragerechts einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und die Bindung erheblicher personeller Ressourcen bedeuten.

4.3 Wie viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten wurden bei den in den Fragen 3.2 und 4.2 abgefragten Versammlungen jeweils festgestellt (bitte die Zahl der davon als „rechtsextrem“ statistisch eingeordneten Straftaten offenlegen und hierbei bitte auch offenlegen, ob der Davidsstern, der an ein Restaurant in Nürnberg aufgemalt wurde, und ob die Morddrohungen gegen eine Organisatorin der Solidaritätsdemo für Israel in München statistisch als „rechtsextreme“ Taten erfasst wurden, und die Zahl der israelische Flaggen, die in Bayern beschädigt oder zerstört wurden, offenlegen)?

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Landeskriminalamts (BLKA) für den Tatzeitraum 07.10.2023 bis 08.12.2023 beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Es wird darauf hingewiesen, dass für das Tatjahr 2023 die endgültigen Fallzahlen erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31.01.2024 und

dem anschließenden Abstimmungsprozess vorliegen, bei dem sich durch Korrekturen noch Änderungen/Verschiebungen ergeben können. Die genannten Fallzahlen sind demnach als vorläufig zu betrachten. Die Auswertung basiert auf den im KPMD-PMK erfassten Straftaten im Kontext des Israel-Palästina-Konfliktes im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen. Eine Unterscheidung der jeweiligen Versammlungen, bspw. in „pro-israelisch“ oder „pro-palästinensisch“, wird im KPMD-PMK nicht abgebildet. Auch Ordnungswidrigkeiten werden im KPMD-PMK nicht abgebildet.

Die Rechercheergebnisse sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Ab 07.10.2023 – Bayern – Israel-Palästina-Konflikt		
i. Z. m. demonstrativen Ereignissen	davon extremistisch	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität-ausländische Ideologie	6	14
Belohnung/Billigung von Straftaten	3	4
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes		2
Verletzung von Hoheitszeichen Ausland		1
Vermummungsverbot		2
Volksverhetzung		1
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	1	2
Zu widerhandlung als Veranstalter oder Leiter gegen Beschränkung/Auflage	2	2
Politisch motivierte Kriminalität-rechts		1
Beleidigung		1
Politisch motivierte Kriminalität-religiöse Ideologie	11	11
Androhung von Straftaten	1	1
Beleidigung	2	2
Belohnung/Billigung von Straftaten	2	2
Diebstahl	2	2
Verwenden von Kennzeichen	1	1
Volksverhetzung	3	3
Politisch motivierte Kriminalität-sonstige Zuordnung		4
Beleidigung		1
Diebstahl		1
Verwenden von Kennzeichen		1
Volksverhetzung		1
Gesamtergebnis	17	30

Im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen konnte für den 08.10.2023 und den 09.10.2023 im Sinne der Frage 3.1 kein Fall recherchiert werden, der dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) zugeordnet wurde. Der in der vorstehenden Tabelle erfasste Fall aus dem Phänomenbereich der PMK-rechts ereignete sich am 07.10.2023.

Die Tat betreffend die Anbringung eines „Davidssterns“ an einem Restaurant in Nürnberg wurde im KPMD-PMK dem Phänomenbereich der PMK-religiöse Ideologie zugeordnet.

Bezüglich der in der Fragestellung erwähnten „Morddrohungen gegen eine Organisatorin der Solidaritätsdemo für Israel in München“ handelt es sich – sofern sich die Fragestellung auf die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung vom 11.10.2023 (<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-todesdrohung-pro-israelische-kundgebung-organisatorin-1.6284934>) bezieht – nach Auskunft des Polizeipräsidiums München um eine politisch motivierte Straftat, die nicht dem Phänomenbereich der PMK-rechts zugeordnet wurde.

Betreffend die Fragestellung hinsichtlich der Zahl der „israelischen Flaggen, die in Bayern beschädigt oder zerstört wurden“ kann mitgeteilt werden, dass explizite Auswertungen nach Fahnen im KPMD-PMK nicht möglich sind. Allerdings wurden im KPMD-PMK bis zum 08.12.2023 insgesamt zwölf Straftaten gemäß § 104 StGB – Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten – erfasst.

- 5. Pro-israelische Stellungnahmen aus dem mit Steuergeldern finanzierten Kulturbetrieb Bayerns**
- 5.1 Wie viele pro-israelische Solidaritätsbekundungen gingen nach dem Überfall der Hamas auf Israel und bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage von Theatern, Bibliotheken und Museen aus, die sich im Staatsbesitz befinden (bitte unter Nennung der jeweiligen Institution chronologisch aufschlüsseln)?**
- 5.2 Wie viele pro-israelische Solidaritätsbekundungen gingen nach dem Überfall der Hamas auf Israel und bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage von in Frage 5.1 nicht abgefragten Kulturinstitutionen in Oberbayern aus, die für ihren Betrieb eine finanzielle Unterstützung durch die Staatsregierung erhalten haben (bitte unter Nennung der jeweiligen Institution chronologisch aufschlüsseln)?**
- 5.3 Welche Erklärung hat die Staatsregierung für das Phänomen, dass die Solidaritätskundgebungen durch – von Steuerzahlern (mit)finanzierten – Kulturinstitutionen nach dem Überfall auf die Ukraine offenkundig präsenter waren als nach dem Überfall auf Israel (bitte chronologisch die Aufforderungen offenlegen, mit denen die zuständigen Ministerien Theater, Bibliotheken und Museen, die sich im Staatsbesitz befinden, aufforderten, Solidaritätskundgebungen für Israel durchzuführen)?**
- 6. Solidaritätsinitiativen staatlicher Kulturinstitutionen im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel**
- 6.1 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Theater im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jedes dieser Theater chronologisch aufschlüsseln)?**

- 6.2 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Museen, im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jedes dieser Museen chronologisch aufschlüsseln)?**
- 6.3 Welche Solidaritätsinitiativen mit Israel haben die im Staatseigentum Bayerns befindlichen Bibliotheken und Archive im ersten Monat nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt (bitte für jede dieser Bibliotheken und jedes Archiv chronologisch aufschlüsseln)?**

Die Fragen 5.1 bis 6.3 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auch außerhalb des eigentlichen Aufgabenspektrums ist es den in der Anfrage genannten staatlichen oder staatlich geförderten Kultureinrichtungen nicht verwehrt, im Rahmen der geltenden Gesetze Stellungnahmen mit politischem Inhalt oder Kommentare zu aktuellen politischen Ereignissen abzugeben oder Solidaritätsaktionen durchzuführen. Ob dies im Einzelfall – ggf. auch im Rahmen der jeweiligen künstlerischen Programmatik – geschieht, liegt in der Verantwortung der Leitung der Einrichtung.

Die Staatsregierung stellt keine (vergleichenden) Erhebungen zur Anzahl von Äußerungen bzw. Aktivitäten zu unterschiedlichen weltpolitischen Ereignissen an. Festzustellen ist, dass landesweit bis heute regelmäßig zahlreiche Solidaritätsbekundungen stattfinden.

- 7. Unterlassene pro-israelische Stellungnahmen ausgewählter staatlicher Kulturinstitutionen**
- 7.1 Welche Solidaritätsinitiative hat das Staatstheater Augsburg nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „Spielen der Nationalhymne ... Der Erlös für den Abend wird an die Ukraine-Flüchtlingshilfe gespendet. Zudem ist ein ukrainisch-russischer Liederabend am 29. März in Planung“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist?**
- 7.2 Welche Solidaritätsinitiative hat das Residenztheater München nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „... lesen im Residenztheater Ensemblemitglieder Ausschnitte aus Serhij Zhadans 2014 erschienenem Roman ‚Internat‘ ... zudem wird sie in der Mediathek gestreamt. Zudem hat das Residenztheater vor, die mit den Spendengeldern erworbenen Hilfsgüter mit seinem Fuhrpark direkt an die ukrainische Grenze zu transportieren“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist?**

7.3 Welche Solidaritätsinitiative hat das Zentralinstitut für Kunstgeschichte nach dem Überfall auf Israel öffentlichkeitswirksam durchgeführt, die mit seiner Solidaritätsinitiative nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine „Das Zentralinstitut für Kunstgeschichte unterstützt Wissenschaftler*innen in der Ukraine: Im Rahmen des Programms ‚scholars at risk‘ nimmt das ZI Wissenschaftler*innen auf.“ nach Überzeugung der Staatsregierung gleichwertig ist (bitte bei dieser Gelegenheit die Rechtsgrundlage für die Abweichung von der amtlichen Rechtschreibung bei dieser Veröffentlichung offenlegen)?

Die Fragen 7.1 bis 7.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die genannten Institutionen setzen sich in zahlreichen Veranstaltungen, Diskursen, langjährigen Kooperationen etc. mit dem Thema Antisemitismus auseinander. Es ist nicht Aufgabe der Staatsregierung, eine etwaige „Gleichwertigkeit“ von Initiativen im Sinne der Fragestellung zu beurteilen.

8. Sonstige Initiativen der Staatsregierung nach dem Überfall auf Israel

8.1 Welche neuen Initiativen hat der Antisemitismusbeauftragte der Staatsregierung nach dem Überfall auf Israel gestartet (bitte unter Angabe des Datums und der Art der Initiative offenlegen)?

Der Terroranschlag der Hamas hatte einmal mehr negative Konsequenzen für Jüdinnen und Juden in Deutschland – von Beschimpfungen in sozialen Medien bis hin zu manifesten Drohungen. Der Antisemitismusbeauftragte war daher besonders gefordert, konnte aber in seiner Arbeit auf Vorarbeiten der Staatsregierung in vielen Feldern zurückgreifen, wie etwa die Arbeitsgruppe „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ und den Antisemitismusbeauftragten der bayerischen Justiz.

Insbesondere ist in chronologischer Reihenfolge Folgendes hervorzuheben:

- Aufruf, israelische Flagge als Zeichen der Solidarität an staatlichen und kommunalen Gebäuden zu hissen.
- Schriftliche Bitte an Herrn Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, die finanziellen Mittel für die Sicherheit der jüdischen Gemeinden zu erhöhen.
- Mitwirkung an zahlreichen Solidaritätsdemonstrationen für Israel (beginnend in München, 09.10.2023, des Weiteren u. a. in Nürnberg, Augsburg, Amberg, Rosenheim).
- Auf Anregung des Beauftragten Einberufung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK zu einer Sondersitzung am 25.10.2023, bei der – neben aktuellen Lageberichten aus den Ministerien und Fachbehörden – Frau Dr. h. c. Charlotte Knobloch (Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern), Frau Ilse Danziger (Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern) und Frau Celeste Schuler (Liberales Jüdisches Gemeinde Beth Shalom, München) über die Lage der Gemeinden informierten.
- Bundesweit wahrgenommenes Zehn-Punkte-Papier „Zeit für Klarheit“ mit Vorschlägen zu kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, u. a. Aufnahme der Be-

kämpfung von Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens als Staatsziele in die Bayerische Verfassung und ins Grundgesetz.

- 8.2 Existiert eine Anordnung und/oder eine Korrespondenz zwischen den für die staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen zuständigen Ministerien und mindestens einem dieser staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen, aus der ableitbar wäre, dass mindestens eines der staatlichen Theater, Bibliotheken, Museen eine Solidaritätsaktion für das überfallene Israel durchführen wollte oder umgekehrt dass eines der zuständigen Ministerien mindestens ein staatliches Theater, Bibliothek, Museum dazu auffordert, eine Solidaritätsaktion durchzuführen (falls ja, bitte jedes dieser Vorkommen in wenigen Sätzen chronologisch darlegen, und falls nein, bitte den Grund offenlegen)?**

Auf die Antwort zu den Fragen 5.1 bis 6.3 wird hingewiesen. Entsprechende Anordnungen oder Korrespondenzen existieren vor diesem Hintergrund nicht.

- 8.3 Gibt es seit dem Überfall auf Israel neue, bisher unbekannte Phänomene, die jüdisches Leben in Bayern gefährden (bitte vollzählig offenlegen)?**

Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse zu bislang unbekanntem Phänomenen vor.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.